



8. September 2016 *PRTsipras2016EIIWwelfens*

*** EU-Südgipfel mit enger Länderauswahl, * Eurozone nach Brexit verstärkt unter Druck, * Deutschland gefordert**

Südgipfel in Athen mit Agenda Flüchtlinge, Krisendruck, Brexit

Der griechische Regierungschef Tsipras empfängt am 9. September die Regierungschefs von Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Zypern und will dabei vor allem über Flüchtlingsprobleme, Wachstumspolitik und Ansätze zur Lockerung der Defizitpolitik von Mittelmeerländern sprechen. Sonderbarerweise ist Bulgarien als Nachbarland nicht eingeladen; Rumänien ebenso wenig, was eine egozentrische Sicht von Tsipras andeutet. Sein Hauptargument im Kreis der eingeladenen Länder lautet, dass Zypern, Griechenland und Portugal nach der Finanzkrise weniger strenge Auflagen haben sollten – vor allem meint Tsipras allerdings Griechenland selbst, das bei der Umsetzung zugesagter Reformen und Privatisierungsschritte aus Brüsseler EU-Sicht allerdings weiterhin nur unzureichend Fortschritte macht. Italien, Griechenland, Zypern und potenziell auch Spanien sehen sich als Länder, die stark von Flüchtlingswellen belastet sind oder demnächst sein werden, was auch ein Grund für weitere Rufe nach Lockerung von Auflagen für staatliche Defizitbegrenzungen sein soll. Alle eint das Interesse an mehr Wachstum und mehr Jobs, vor allem für Jugendliche. Frankreich ist als führendes EU-Mittelmeerland in einer Vermittlerrolle, vor allem gegenüber Deutschland, wobei Frankreich selbst die EU-Defizitvorgaben über mehrere Jahre verfehlt hat und erst allmählich bei erhöhtem Wirtschaftswachstum regierungsseitig die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes schaffen will. Sonderbarerweise hat der französische Präsident Hollande aber vor gerade Ende August 2016 – wohl auch unter dem Eindruck des BREXIT und ermutigt von Deutschlands Wirtschaftsminister – angekündigt, dass Frankreich das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone TTIP nicht länger zu verhandeln wünscht – obwohl gerade TTIP für die EU eine Einkommenserhöhung von 2% erwarten lässt. Italien hat schon wegen eines lokalen Erdbebens im Sommer 2016 eine Lockerung der Defizitobergrenze von Brüssel gefordert, was für ein Land der Größe Italiens bzw. seines Staatshaushaltes sonderbar erscheint.

Es ist aus ökonomischer Sicht in Wahrheit nur in Griechenlands extremer langjähriger Rezessions- und Stagnationslage angebracht, dem Land mit besonderen Maßnahmen – aus Brüssel und von den EU-Partnerländern auch bilateral – bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und einem besseren Schutz von EU-Außengrenzen erheblich zu helfen. Im Übrigen: Eigentlich sollten die EU-Außengrenzensicherung in allen EU-Ländern aus einem EU28-Sondertopf wesentlich finanziert werden. Denn es gibt politisch eben eine gemeinsame EU28-Außengrenze.

Das einzige Land, das in der Tat besonderer Aktionen, inklusive Hilfen, bedarf, ist Griechenland. Die Größenordnung der Belastungen in Portugal, Spanien, Italien und Zypern ist überschaubar. Spanien hat vor allem ein politisches Problem, da man sich demnächst auf die dritte nationale Wahl hinbewegt, nachdem die Parteien sich bisher als zu unnachgiebig für regierungs- bzw. mehrheitsfähige Regierungskoalitionen erwiesen haben. Griechenlands Regierung verfolgt teilweise ideologische Ziele, die zu alten sozialistischen Ländern Osteuropas vor 1991 passen könnten und im Übrigen den ökonomischen Aufschwung in Griechenland systematisch behindern. Was Griechenland für eine Krisenüberwindung fehlt, das sind vier Dinge:

- eine bessere Wirtschaftspolitik – und im Übrigen nicht die staatliche Verfolgung eines ehemaligen Statistikamtschefs, dessen Verbrechen darin besteht, korrekte Statistiken statt politisch bequem manipulierter Zahlen geliefert zu haben.
- Eine Verfassungsreform, die dem Land eine bessere öffentliche Verwaltung, kompetente Statistikbehörden und eine verantwortungsbewusstere Regierung bringen könnte – die Venedig-Expertengruppe des Europa-Rates könnte hier sicher gut in einem Bereich helfen, bei dem man bisher Reformen verschlafen hat und Griechenland selbst zu 100% gefordert ist.
- Griechenland braucht dringend – Privatisierungen und Verfassungsreformen vorausgesetzt – einen Teil-Schuldenerlass oder ein sonstiges Extra-Hilfspaket für Modernisierungsinvestitionen im Schulsystem, bei der Internetexpansion und der Forschungsförderung. Deutschlands Finanzminister hat bisher – gegen IWF-Rat – einen Schuldenschnitt bei öffentlichen Forderungen verweigert, weil dies juristisch angeblich nicht geht. Führende Jura-Professoren in Deutschland sehen das viel differenzierter und Deutschland ist bislang nicht realistisch und nicht hilfreich für Griechenlands Gesundheit.
- Griechenland und Portugal werden mit Forderungen nach besonderer Nachgiebigkeit bei den Defizitquoten gut beraten sein, sich mehr den Realitäten zu stellen: Also auch das BREXIT-Votum der Briten zu Kenntnis zu nehmen, wobei der EU ohne UK ab 2020 9 Mrd. € an Haushaltsmitteln fehlen. Steigende Großzügigkeit aus Brüssel oder von EU-Mitgliedsländern zu erwarten, ist da unrealistisch – da wird bei den Hauptempfängerländern in osteuropäischen EU-Ländern, Griechenland und Portugal eher verlangt werden, dass die staatlichen Ausgaben schrittweise gekürzt werden. Denn die 9 Mrd. €-Lücke lässt sich realistischer Weise nicht einfach dadurch schließen, dass die Haupt-Netto-Zahler – allen voran Schweden und Deutschland (auf Pro-Kopf-Basis) – ihre Beitragszahlungen kompensatorisch erhöhen.

Der Süd-EU-Gipfel in Athen kann nützlich sein, auch um besser die neuen Realitäten in der EU nach dem BREXIT-Votum zu verstehen. Es gibt zwar klare Anzeichen dafür, dass das britische EU-Austritts-Votum vom 23. Juni eine Art BREXIT aus Versehen war – im Kontext völlig fehlender Regierungsinfos über die ökonomischen BREXIT-Folgen –, aber vermutlich wird die neue britische May-Regierung den EU-Austritt in 2019 vollziehen wollen. Für die EU-Stabilität und –Prosperität ist diese Entwicklung eh problematisch und mittelfristig wachstumsdämpfend. In Portugal, Italien, Griechenland und Zypern gibt es im Übrigen erhebliche Probleme bei der Stabilität wichtiger Banken. Hier wirkt natürlich auch die EU-weite Wachstumsdämpfung wegen des BREXIT als Problem, wobei die Europäische Zentralbank kaum noch Handlungsspielraum angesichts eines Notenbank-Zinssatzes von nahe Null hat. Strukturreformen, mehr technologieorientierte Gründer- und staatliche Forschungsförderung sowie mehr öffentliche Investitionen, inklusive EU-Projekte, könnten zusammen mit verbesserter Standortpolitik höheres Wachstum bringen. Höhere öffentliche Investitionen können bei den sehr niedrigen Zinssätzen, die durch die expansive britische Geldpolitik auch in der Eurozone indirekt verfestigt werden, relativ leicht finanziert werden – eine Ausnahme ist dabei Griechenland, dessen Finanzsituation keinen Spielraum gibt. Bei unzureichenden Reformen in EU-Ländern und in der EU selbst drohen populistische Parteien in vielen EU-Ländern weiter an Gewicht zu gewinnen. Dann drohen ökonomische Wachstumsdämpfung durch verstärkte politische Radikalisierung und Politikinstabilität. Das und eine beginnende EU-Disintegration sind allerdings eine Gefahr für ganz Europa. Der Süd-EU-Gipfel 2016 in Athen ruft im Übrigen das Instabilitätspotenzial der Eurozone in Erinnerung, wo man viele Reformen in den meisten Krisenländern vorangebracht hat, aber Griechenland bleibt ein ungelöstes Problem.